Zeitschrift: Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich

Herausgeber: Antiquarische Gesellschaft in Zürich

Band: 85 (2018)

Artikel: "Nein zur Bombe - Ja zur Demokratie" : Zürich als Brennpunkt der Friedens- und Antiatombewegung der 1960er Jahre

Autor: Tanner, Jakob

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1045769

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Abb. 1: Aufruf zum vierten Ostermarsch, erstmals im Raum Zürich, 1966. Plakat der Schweizerischen Bewegung gegen atomare Aufrüstung (SBgaA) von 1966.

Jakob Tanner

«Nein zur Bombe – Ja zur Demokratie»
Zürich als Brennpunkt der Friedens- und Antiatombewegung der 1960er Jahre

Aufbruch aus dem Offside: Der Ostermarsch 1966

Vom 9. bis 11. April 1966 verwandelte sich das Zürcher Weinland mit seinen schmucken Dörfern in eine Kampfzone für psychologische Kriegsführung und geistige Landesverteidigung. Bei regnerischem Wetter marschierten ungefähr 350 Friedenswillige gegen die Atombombe. Es war einer jener Ostermärsche, mit denen die Atomgegner, auch «Antiatömler» genannt, seit einigen Jahren in verschiedenen europäischen Ländern auf ihre Forderungen aufmerksam machten.[1] Am Karsamstag formierten sich die meist per SBB angereisten Aktivisten auf dem Bahnhofplatz des behäbigen Bauerndorfs Andelfingen zu einem bunten, mit Transparenten bewehrten Zug. Die erste Tagesetappe führte über Marthalen via Laufen an den Rhein nach Schaffhausen, wo eine öffentliche Veranstaltung mit einer Kabarett-Vorführung von Alfred Rasser stattfand. Von dort aus ging es am Ostersonntag über Winterthur nach Bassersdorf, wo die zweite Übernachtung (wiederum in Turnhallen) stattfand. Christliche Gläubige konnten eine Messe besuchen. In einer dritten Tagesetappe bewegte sich der Zug Richtung Stadt Zürich, wo er, nach einer absolvierten Gesamtstrecke von insgesamt 58 Kilometern, am späteren Nachmittag auf dem Münsterhof eintraf.

«Die Fahnen und die Transparente des Ostermarsches flatterten aber allezeit fröhlich im Winde bis zum Abschluss der Kundgebung um 15.45 Uhr», bemerkte Willi Kobe in seinem Bericht in den «Neuen Wegen».[2]

Organisiert wurde der Anlass durch die 1958 gegründete Schweizerische Bewegung gegen atomare Aufrüstung (SBgaA) und die ein Jahr darauf entstandene Arbeitsgemeinschaft der Jugend gegen atomare Aufrüstung (kurz auch «Atomjugend» genannt).[3] Im «Atombulletin» (der seit 1959 erscheinenden Zeitschrift der SBgaA) wurde der «Aufruf zum Ostermarsch 1966» mit einem «Appell an den schweizerischen Bundesrat» veröffentlicht, der die Landesregierung aufforderte, explizit auf eine Atombewaffnung der Schweiz zu verzichten. Ein Flugblatt vom 10. März 1966 hielt fest: «Wir glauben auch, dass das heurige Marschziel, Zürich, ein lohnendes und schönes Ziel sei. Möge es uns gelingen, hier, im Herzen der deutschen Schweiz, einen breiten Eingang und nachwirkendes Gehör zu finden.»[4]

Hierzulande war dies der vierte Ostermarsch; die ersten beiden hatten 1963 und 1964 in der Westschweiz auf der Strecke Lausanne–Genf, ein dritter im Jahr 1965 im Raum Basel stattgefunden. Damals fiel auch der Entscheid, es nächstes Jahr in Zürich zu wagen, nachdem in den Jahren zuvor noch die Meinung vorgeherrscht hatte, dass in dieser Bastion der Bürgerlichkeit keine Bewilligung erteilt werden würde.[5] Doch nun gab die Direktion der Polizei des Kantons Zürich am 21. März 1966 ihr Placet, allerdings verbunden mit der Auflage, dass Pfarrer Willi Kobe, Präsident der SBgaA, «für die korrekte Durchführung des Ostermarsches und die Beachtung der der Veranstalterin gemachten Auflagen persönlich verantwortlich» sei. Es folgten exakte Vorschriften, etwa was die Zahl und die Funktion begleitender Motorfahrzeuge, die Pflicht, einen eigenen Ordnungsdienst zu organisieren sowie das Verbot von Orientierungszeichen und spontanen Demonstrationen betraf.[6]

Die Oster-Aktion verlief insgesamt friedlich, wenn auch keineswegs harmonisch. Es kam unentwegt zu Scharmützeln und Gehässigkeiten. In der «Zürcher Woche» berichteten Jürg Rahmspeck und Peter Höltschi am 15. April unter dem Titel «Manöver im Kalten Krieg» über den «Ostermarsch durch Feindgebiet»:[7] Schon beim Bahnhof Andelfingen wurde gegendemonstriert. 16- bis 17-jährige Halbwüchsige stellten sich dem pazifistischen Wandertrupp mit Sprüchen wie «Njet. Lieber tot als rot!» oder «Wir, wir wollen keine rote Jugend» in den Weg.[8] Am Abend entfachte sich dann in Schaffhausen ein Kampf mit Dezibelstärken. Gegen Kirchenglocken, Gegenlautsprecher und eine aus einem Fenster fliegende Rauchpetarde vermochten sich die technisch kaum gerüsteten Pazifisten mit ihren bescheidenen «Phonverstärkungsgeräten» nicht durchzusetzen.[9]

Abb. 2: «Schulkinder und Jugendliche mit Lärminstrumenten, primitiv aufgemachten und beschrifteten Plakaten» störten, laut Willi Kobe, im Auftrag der Vereinigung für eine starke Landesverteidigung den Ostermasch.

Am nächsten Tag ging das Spiessrutenlaufen weiter. «Am Dorfeingang von Neftenbach wird es kritisch. Ein Mann im grauen Arbeitskittel hat eine Gegenparole von drei auf anderthalb Metern an einer Scheunenwand befestigt.» Schliesslich bog die Marschspitze der Friedensbewegten um die Kurve, wobei ihre «weissen Symbole auf den schwarzen Fahnentüchern» eher «an eine Prozession» denn an einen Marsch gemahnten. Die mit einem blauen Armband versehenen offiziellen Repräsentanten des Ostermarsches verteilten ihre Zeitung. Plötzlich schrie «ein Mann mit schmalen Augen, mit Jägerhut und abgestelltem Volkswagen: ‹Verdammter Sauhund!›». Ein anderer schlug dem Zeitungsverteiler «die Ware aus dem Arm» und zertrat diese in «Dreck und Nässe», derweil es von einer Bretterbeige her tönte: «Ihr seid der Auswurf der Schweiz.» Pressebeobachter gaben die Meinung von «Leuten am Strassenrand» wieder: «An einem heiligen Sonntag verdreckt und verlaust durch die Dörfer zu wandern – eine Zumutung.» Ein welscher Gammler, der im Pazifisten-Tross mitmarschierte, hatte diese Reaktion vorausgesehen und nahm die sauberkeitserpichten Spiessbürger seinerseits auf die Schippe. «Les Beatniks sont sâles, la bombe est propre», stand auf dem Plakat, das er auf seinem Rücken trug. Ebenso kritisch und kontrovers berichtete die Presse über den Schlussakt auf dem Münsterplatz. «Wenig überzeugende Ostermarsch-Kundgebung», titelte der «Tages-Anzeiger» tags darauf und setzte unter ein

Bild die xenophobe Legende: «Viele Plakate, viele fremde Gesichter, wenig Zürcher ...»[10]

Üben für den Ernstfall: Gegenkampagne und Überwachung

«Wer sie wohl mobilisiert hat, diese wackeren Kämpen, die Dörfler», fragten die Berichterstatter der «Zürcher Woche». Und weiter: «Wer hat ihnen gesagt», dass es sich «um Kommunisten [...], Vaterlandsfeinde, unschweizerische Elemente» handle?[11] Für die Tageszeitung «Die Tat» war klar, dass die lokalen Protestkundgebungen durch eine im März 1966 gegründete «Vereinigung für eine starke Landesverteidigung» angestachelt wurden.[12] In deren Statuten steht im Artikel 2, die Vereinigung bezwecke «die Aufklärung der Bevölkerung, insbesondere der Kantone Zürich und Schaffhausen, über den ‹Ostermarsch› 1966 und über dessen Auswirkungen auf die schweizerische Landesverteidigung».[13] Der Initiant der Vereinigung, der Historiker und Hauptmann Dr. Theodor Siegrist, der politisch durch den Ungarn-Aufstand von 1956 sozialisiert worden war, stellte eine solche Beeinflussung in Abrede, wollte aber mit seiner Organisation «den Leuten vom Ostermarsch [...] zeigen, dass sie auf Widerstand stossen».[14]

Antikommunismus war nicht einfach eine populäre Ideologie, sondern auch eine organisatorische Anstrengung. Dass es indessen eine geradezu generalstabsmässig vorbereitete und breit aufgefächerte Gegenkampagne gegen den Ostermarsch gab, tritt post festum deutlich hervor. Die Aktivitäten der Atomwaffengegner wurden seit Langem systematisch vom streng antikommunistisch getrimmten Schweizerischen Aufklärungsdienst (SAD), der faktisch auch als private Staatsschutzorganisation fungierte, rapportiert.[15] Der SAD war 1965 über die Pläne, ein Jahr darauf einen Ostermarsch im Raum Zürich zu organisieren, informiert. So berichtete das Protokoll über den Ablauf einer Versammlung der Arbeitsgemeinschaft der Jugend gegen atomare Aufrüstung, die am 7. Mai 1965 im «Café Boy» stattfand, von «Gegensätzen innerhalb der Schweizerischen Bewegung» und davon, dass der in Zürich wohnende Trotzkist Heinrich Buchbinder eine solche Routenwahl mit den «vielen Sympathien» begründet habe, welche die Pazifisten in den «beiden Arbeiterstädten» Win-

terthur und Schaffhausen geniessen würden. Auch Sitzungen der SBgaA wurden infiltriert; in einer Protokollnotiz zu einer Sitzung vom 19. November 1965 ist über die Diskussion unter anderem festgehalten: «Ein altes Mannli erklärte mit zitternder Stimme, die Offiziere seien alles Verbrecher, man müssen ihnen die Hände binden. Es sei eine Schweinerei, dass die Rekruten so einseitig beeinflusst würden. In der Armee müssten beide Standpunkte vertreten werden können.»[16]

Einige Monate später, Anfang März 1966, verfasste ein Spitzel eine handschriftliche Notiz, in welcher er eine wiederum im «Café Boy» versammelte Runde als «praktisch [...] reine Kommunistensitzung» qualifizierte und festhielt: «Leider können die bereits erteilten Bewilligungen bezüglich Durchmarsch und Unterkunft nicht mehr rückgängig gemacht werden.» Es habe sich gezeigt, «dass die vorliegenden Bewilligungen fast ausschliesslich von den Schulbehörden erteilt worden sind, soweit es die Unterkunft betrifft. Dies ohne die Gemeindebehörden darüber zu orientieren.» Demgegenüber sei es erfreulich, dass «wir die Situation vollkommen [beherrschen] in Bezug auf die geplanten Abendunterhaltungen und Verpflegungsstellen».[17] Etwa zur selben Zeit tagte der SAD-Vorstand in Winterthur, wo die «Anti-Ostermarschkampagne» vorbereitet wurde. Anfang März habe eine Sitzung im Büro Farner (der 1956 vom Juristen und Oberst i. Gst. Rudolf Farner gegründeten Werbeagentur) stattgefunden, an der «gute Unterlagen» präsentiert worden seien. Farner unterstütze die «Gegenpropaganda, will jedoch nicht namentlich erwähnt werden».[18] Der Grundtenor bestand darin, die Aktion nicht «hochzuspielen». Wichtig seien die diskrete und gezielte Information kirchlicher Kreise, das Bereitstellen von Flugblättern, das Platzieren von Zeitungsartikeln (aus dem Büro Farner), das Schreiben von Leserbriefen, die Organisation eines Fotodienstes, die Zählung der Marschteilnehmer, die Abklärung ausländischer Beteiligung, die Kontrolle der Transparente sowie das «Einschleusen von Vertrauenspersonen».[19]

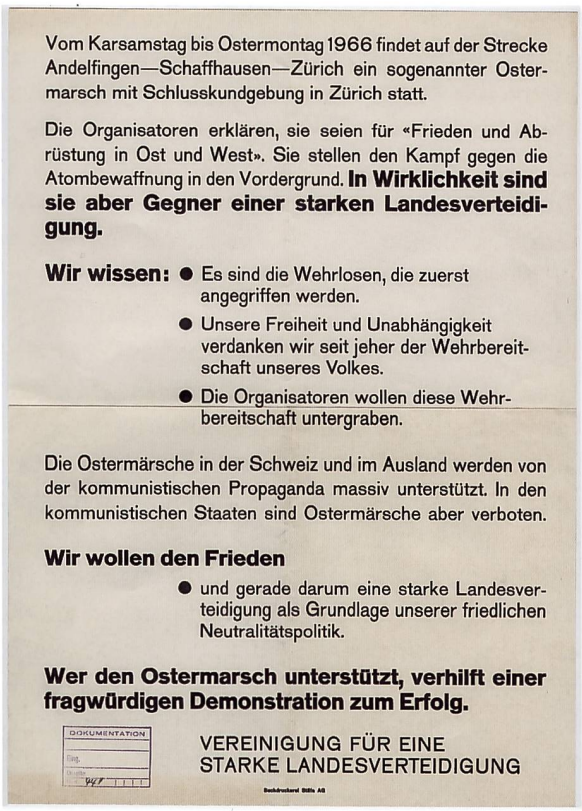
Vom 5. April datiert ein achtseitiger «Einsatz- und Arbeitsplan betr. den ‹Ostermarsch 1966›», mit dem die minutiöse Überwachung organisiert wurde. In einer zweiseitigen Matrix sind vertikal die einzelnen Streckenabschnitte und horizontal die Organisationen, die das Personal stellen mussten, angeordnet. So sollte «ein möglichst lückenloses Beweismaterial geschaffen werden, damit an Hand solcher Unterlagen gegen einen allfälligen späteren Ostermarsch zeitiger und wirkungsvoller eingeschritten werden kann». Das Dispositiv war damit auch präventiv ausgerichtet. Die mit Film- und Fotokameras, Tonbandapparaten, Notizmaterial und Flugblättern ausgerüsteten Einsatzleute sollten «Provokationsversuchen aus dem Wege gehen» und «sich selbst möglichst nicht fotografieren lassen». Empfohlen wurde, in «angepasster Kleidung auf[zu]treten. (Spaziergänger, Tourist, oder ev. als Sympathisant)». Eine wichtige Zielsetzung war die Erhebung von Teilnehmerzahlen, unterteilt nach «Besammlungszahlen, Durchmarschzahlen, Zahl der Marschierenden zwischen den Ortschaften, Anzahl auf den Rast- und Verpflegungsplätzen und in den Unterkünften, Teilnehmerzahlen an den Demonstrationen und Umzügen». Und – «Wichtig!» – die «Zahl der beteiligten Ausländer, mögl. unterteilt nach Nationen». Unter dem Verweis «Vorsicht!» folgte der Hinweis: «Marschteilnehmer sind keine, oder nur zum geringsten Teil Kommunisten.» Letztere ständen «im Hintergrund, als Beobachter und Verbindungsleute. Sie sind zum Teil ebenfalls mit guten Foto- und Filmapparaten ausgerüstet. Es können auch Mitglieder ausländischer Botschaften darunter sein.» Abschliessend wurde das Reporting organisiert, mit (fliegenden) Meldestellen und Tagesbesprechungen in Restaurants.[20]

Abb. 3: Palakte gegen Ostereier «Klasse A». Nicos Karikatur zum Ostermarsch fasst die politische Frontstellung 1966 zusammen.

Abb. 4. Plakat der «Vereinigung für eine starke Landesverteidigung» gegen den Ostermarsch 1966 von Schaffhausen nach Zürich.

Praktizierende Demokraten oder irregeleitete Idealisten?

Der Ostermarsch lässt sich aus einer interaktionistischen Perspektive als Auseinandersetzung in einem Feld antagonistischer Positionen und sich gegenseitig verstärkender Effekte verstehen. Der Kampf



Vom Karsamstag bis Ostermontag 1966 findet auf der Strecke Andelfingen—Schaffhausen—Zürich ein sogenannter Ostermarsch mit Schlusskundgebung in Zürich statt.

Die Organisatoren erklären, sie seien für «Frieden und Abrüstung in Ost und West». Sie stellen den Kampf gegen die Atombewaffnung in den Vordergrund. **In Wirklichkeit sind sie aber Gegner einer starken Landesverteidigung.**

Wir wissen:
- Es sind die Wehrlosen, die zuerst angegriffen werden.
- Unsere Freiheit und Unabhängigkeit verdanken wir seit jeher der Wehrbereitschaft unseres Volkes.
- Die Organisatoren wollen diese Wehrbereitschaft untergraben.

Die Ostermärsche in der Schweiz und im Ausland werden von der kommunistischen Propaganda massiv unterstützt. In den kommunistischen Staaten sind Ostermärsche aber verboten.

Wir wollen den Frieden
- und gerade darum eine starke Landesverteidigung als Grundlage unserer friedlichen Neutralitätspolitik.

Wer den Ostermarsch unterstützt, verhilft einer fragwürdigen Demonstration zum Erfolg.

DOKUMENTATION

VEREINIGUNG FÜR EINE STARKE LANDESVERTEIDIGUNG

um Deutungshoheit nahm dabei unterschiedliche Formen an und äusserte sich auch in einer nicht abbrechenden Auseinandersetzung um Teilnehmerzahlen und «Ausländerbeteiligung». Nicht nur die Zielsetzung beziehungsweise die Wirkung der Bewegung blieb umstritten, sondern auch das Objekt der Beobachtung selbst. Über den ganzen Zeitraum hinweg wurde der Streit um die Teilnehmerstärke in den Medien mit statistisch munitionierter Gehässigkeit geführt. Ein interner SAD-Bericht brachte die friedenspolitischen Aktivitäten auch mit der Arbeitsmigration in Verbindung. So wurde über die Abschlusskundgebung von 1965 in Basel berichtet: «Unter den Italienern, Spaniern und Griechen befanden sich vornehmlich Gastarbeiter, die in Gruppen organisiert und mit Spruchbändern ausgerüstet teilnahmen.»[21]

Ideologisch liess sich der Konflikt nicht auf der Demarkationslinie des Kalten Kriegs abbilden. Es standen sich nicht proamerikanische und prosowjetische Positionen gegenüber, sondern antikommunistisch orientierte Kräfte, die sich der Blockkonfrontation verschrieben hatten, attackierten eine pazifistische Richtung, die aus diesem Schematismus auszubrechen versuchte. Die Antiatombewegung war zwar, wie das Präfix «Anti-» ausdrückte, reaktiv und ablehnend. Doch sie nutzte ihre oppositionelle Rolle auf kreativ-subversive Weise. Sie pflegte Vorstellungen einer friedlichen Welt, die sich als Absage an die Lebensform und das Wissensregime des Kalten Kriegs verstanden. Insofern ging es um weit mehr als um den Kampf gegen Atomwaffen; es stand darüber hinaus ein politisch-kulturelles Selbstverständnis zur Diskussion, das sich nicht in ein schwarz-weisses Deutungsmuster einpassen lassen wollte.

Schon die erste Ostermarschkampagne von 1963 hatte unter dem Motto «Nein zur Bombe – Ja zur Demokratie» gestanden.[22] Dieser Kontrast von destruktiver Technik und konstruktiver Politik wurde auch 1966 stark gemacht; die Organisatoren des Ostermarsches – insbesondere SBgaA-Präsident Willi Kobe – sahen darin die Signatur des Atomzeitalters und zugleich das Hauptproblem des Kalten Kriegs, in dem beide Seiten für universelle Werte eintraten, diese aber mit der forcierten Aufrüstung von Massenvernichtungswaffen gefährdeten. Die grosse Mehrzahl der «Ostermarschierer» war sich der Dif-

ferenz zwischen westlichen Staaten, wo solche Manifestationen gegen das «Gleichgewicht des Schreckens» und die forcierte Aufrüstung möglich waren, und dem Ostblock, wo Opposition schon im Keim erstickt wurde, bewusst. Die atomare Aufrüstung (und das Wettrüsten ganz allgemein) lehnte sie indessen blockindifferent ab. Diese programmatische Haltung provozierte auch innerhalb der Bewegung Zensur. So wurden nicht alle Plakate geduldet und insbesondere jene unterdrückt, die einen Unterschied zwischen bösen amerikanischen und guten sowjetischen Atomwaffen zu machen versuchten.[23] Aufgrund der heterogenen Trägerschaft der Bewegung konnte die Abgrenzung gegenüber den Kommunisten, welche die Block-Logik der Antikommunisten teilten, nicht konsequent durchgezogen werden. Mitglieder der moskaufreundlichen PdA erfreuten sich allerdings keiner besonderen Beliebtheit in der SBgaA. Umgekehrt kam für diese ein Ausschluss von Mitgliedern einer legalen Partei nicht infrage und es gab auch blockübergreifende Kontakte zum Weltfriedensrat.[24] Im Grundsatz galt: «Wer die Atomgranate in schweizerischen Händen ablehnt, gehört grundsätzlich auf den Ostermarsch.» So lautete der Kommentar eines Aktivisten.[25]

Die Gegenseite setzte «geistige Landesverteidigung» mit einer entschlossenen Abwehr des Kommunismus auf allen Ebenen gleich. Die «Vereinigung für eine starke Landesverteidigung» stellte in einer vertraulichen Orientierung von Mitte März 1966 den unversöhnlichen und wachsamen Antikommunismus als «das einzig Richtige und Wahre» dar. Die Ostermarschbewegung werde versuchen, «im Einzugsgebiet des nördlichen Teiles des Kantons Zürich und im Kanton Schaffhausen durch Flugblätter, Zeitungsartikel und andere Werbemittel die Propaganda vor und nach dem Marsch gross auf[zu]ziehen, um [...] bei der breiten Masse der Bevölkerung den Anschein einer allumfassenden Bewegung zu erwecken und die Infiltration voranzutreiben».[26] In Teilnehmern sah man manipulierte Mitläufer. Ein «grosser Teil der Oster-Marschierer» setze sich zusammen aus «an und für sich wohlmeinenden Idealisten [...], die nicht ahnen, wie sehr sie die Pläne des Ostens fördern helfen».[27] Rechtzeitig auf Ostern lag ein Kleinplakat (A3-Format) vor, das dazu aufforderte, den Friedensschalmeien der Ostermarschierer keinen Glauben zu schenken, denn «in Wirklichkeit» seien sie «Gegner einer starken Landesverteidigung» und erhielten als solche «massive Unterstützung» durch die «kommunistische Propaganda».[28] So blieben nur zwei Motive vorstellbar: bestenfalls Friedensnaivität, schlechtenfalls die kaschierte Parteinahme für das kommunistische Lager.

Abb. 5: Der Ostermarsch unterwegs durch die ländliche Schweiz. In der ersten Reihe (von links): Dr. Sandro Pedroli (Zürich), Nationalrat Max Arnold (Zürich), Willi Kobe (Zürich) und Pfarrer Albrecht Wesener (Genf). Diese prominenten Teilnehmer sollten den Anlass mit Reden abschliessen.

Dieser dichotomen Wahrnehmung versuchte der Ostermarsch im Raum Zürich entgegenzutreten. Es gelang den die Landschaft durchquerenden Friedensaktivisten durchaus, sich dem allgegenwärtigen Bekenntnisdruck der Blöcke zu entziehen und auf einer autonomen Position zu beharren. Wird der Kalte Krieg als eine in die Alltagskultur eingebettete «Mentalität» begriffen,[29] so war die Friedensbewegung anachronistisch. Sie provozierte mit ihrem Osterauftritt Erstaunen, Unverständnis und Abwehr. Sie passte nicht in die Zeit, in der sie stattfand. Sie war und blieb im Doppelsinn des Worts unerhört. Von aussen, von den sich provoziert fühlenden Gegnern, wurde sie als ein gefährliches Anderes allerdings umgehend nostrifiziert und als aussengesteuerte Subversion wahrgenommen, womit sie wiederum in das Deutungsschema des Kalten Kriegs passte.[30]

Irritation gab es auch aufseiten der Friedensbewegung, die ebenso Schwierigkeiten hatte, ihr

Selbstverständnis zu artikulieren. Friedensaktivisten erwiderten die nicht abbrechenden Anfeindungen einerseits mit einem überlegenen, intellektuell oft arroganten Habitus. Sie betonten ihren weiten Horizont und ihr universalistisches Ethos und hoben sich gegen antikommunistische Geistesverengung und kapitalistische Partikularinteressen ab. Andererseits kam auch ihnen einiges merkwürdig vor. Es ist symptomatisch, dass Willi Kobe als Hauptverantwortlicher zunächst selbst Hemmungen verspürte, sich mit Gleichgesinnten auf der Strasse zu zeigen. Der expressive Aktionsstil von Ostermärschen war ihm eher zuwider, und dieses Hervortreten habe für ihn «immer einen inneren Druck gebraucht. Da durch die Strassen zu marschieren.»[31] Auch nahm er wahr, wie die «Prozession» (so eine häufige Bezeichnung für den Ostermarsch) in der massenmedialen Rezeption in «einen farbigen ‹Fasnachtsumzug›» transformiert wurde.[32] So war er dann froh, dass 1968 diese Protestform von der Friedensbewegung aufgegeben wurde – dies analog zum gesamteuropäischen Trend.

Das Ereignis im politischen Raum: Rhetorische Skalierungen

Die politische Wahrnehmung und die mentale Rahmung von Räumen, in denen sich politische Aktivitäten verorten, verändern sich mit der Perspektive, aus der erzählt wird. In der Ostermarschbewegung begegneten sich auf einer absteigenden Skala das Globale und das Lokale; dazwischen schoben sich situativ die Region und die Nation. Die Friedensaktivisten machten Weltpolitik vor Ort. Sie wollten nicht nur «global denken und lokal handeln», sondern repräsentierten in den konkreten und direkten Auseinandersetzungen vor Ort auch das Gegenteil eines «lokalen Denkens und globalen Handelns».

Ihre Gegner identifizierten diese Haltung als heimtückischen Angriff auf den gesamten «freien Westen». Nichtsdestotrotz blieb der nationale Bezugsrahmen der Auseinandersetzung klar konturiert. Auf der einen Seite wurde die Schweiz als idealerweise atomar bewaffnete Abwehrgemeinschaft imaginiert, die der totalitären kommunistischen Bedrohung trotzt. Die Forderung nach Atombomben ergab sich aus dieser Sicht zwingend. Auf der anderen Seite positionierte sich eine «andere

Schweiz», die sich auf die agonale Logik «Lieber tot als rot» nicht einlassen, sondern die innen- und aussenpolitischen Möglichkeiten des neutralen Kleinstaats nutzen wollte, um dem Irrsinn der atomaren Hochrüstung ein Ende zu bereiten. Geradezu patriotisch schrieben die Aktivsten der SBgaA ihren Ostermarsch in das «Herz der deutschen Schweiz» ein.[33]

Die Gegner setzten bei ihrem Versuch, die Friedensbewegung staatspolitisch zu verunglimpfen, auch stark auf das Negativbild des «Unschweizerischen». Eine Dokumentation des «Vereins zur Förderung des Wehrwillens und der Wehrwissenschaft Zürich» spricht von einer «unschweizerischen Manifestation auf Schweizerboden». Der Ostermarsch sei «sodann eine Demonstration der Ohnmacht – und damit unschweizerisch». Man müsse «mit Blindheit geschlagen sein, um zu glauben, man banne die uns bedrohenden Gefahren, indem man von Schaffhausen nach Zürich marschiert». Zudem seien weit mehr als ein Drittel, wenn nicht die Hälfte der Teilnehmenden «Ausländer», und es sei «bezeichnend, dass diese Methode aus dem Ausland importiert werden musste».[34]

Die Schweiz, die hier gegen einen Übergriff von aussen verteidigt wird, wird zudem als agrarisch und direktdemokratisch dargestellt. «Das Schweizervolk ist souverän. Es hat es nicht nötig, wie Entrechtete auf die Strasse zu gehen.»[35] Oder, ähnlich: «In unserem Land braucht glücklicherweise niemand wie ein Unterdrückter auf die Strasse zu gehen.»[36] Die «Strasse» (Masse, Mob und Pöbel) wurde hier zur Antithese der «Urne» (freies Volk, Souverän, Unabhängigkeit). Der «Schweizerboden» fungierte als Gegenprinzip zu jener Asphalt-Moderne, in der «Strasse» und «Protest» als Synonyme fungierten.[37] Die «Strasse» war somit auch die Einfallschneise für «fremde Ideen». So hielt ein Flugblatt des «Aktionskomitees für starke Landesverteidigung» fest: «Wir brauchen keine Strassendemonstration, in denen für politische Ziele von Drittstaaten propagiert wird.»[38] Dass diese Politik der «Strasse» vorwiegend auf Routen durch ländliche Gegenden praktiziert wurde, spielte für diese imaginären Zuordnungen keine Rolle. Der «Kollektivmarsch» machte vertraute Landwege zu gefährlichen «Strassen». Der Ostermarsch erschien, wie ein Gegner, «der drei Tage lang im Porsche hinter oder neben dem Ostermarsch herfuhr», feststellte, «als Mittel der politischen Meinungsbildung unwürdig, unzweckmässig, falsch und unästhetisch», wobei er Letzteres nicht nur «optisch», sondern auch mental (im Sinn einer Störung der österlichen Sonntagsruhe) verstand.[39]

In dieser emotionalen Ablehnung der «Strasse» war der Lokalbezug handlungsleitend. Für die Winterthurer «Vereinigung für eine starke Landesverteidigung» war die Schweiz ein dezentralisiertes «Land der Waffenläufe». Angesichts dieser Regionalverankerung sahen internationalistische Ostermarschierer a priori suspekt aus. Ein «Weltwoche»-Journalist stellte fest, die Vereinigung habe sich «nicht zuletzt deswegen [gebildet], weil der diesjährige Ostermarsch [...] ihr Herrschaftsgebiet durchquerte».[40] Gegen solche «vaterlandslosen Gesellen» musste das eigene Revier verteidigt werden. Der Ernstfall des Kalten Kriegs manifestierte sich vor der eigenen Haustür. Hier wollte man nichts Fremdes sehen. «Dass es sich um die gleiche Region handelt, die auch als Bastion der Bemühungen gegen die ‹Überfremdung› betrachtet werden darf, ist ein Zufall», stellt der Berichterstatter ironisch fest.[41] Die Topografie der Überfremdungsängste korrelierte in der Schweiz während des ganzen 20. Jahrhunderts eng mit der regionalen Intensität des Antikommunismus.

Zürich als Brennpunkt

Diese wechselnde Verortung von Ereignissen in politischen Räumen lässt sich indessen problemlos mit der Beobachtung verbinden, dass die Stadt und der Kanton Zürich Brennpunkte der Friedensbewegung waren. Hier artikulierten sich beide Seiten der Auseinandersetzung um Landesverteidigung, Atombewaffnung und Friedenspolitik. In Zürich war eine Vielzahl wichtiger Organisationen aktiv, die von hier aus auf gesamtschweizerischer Ebene eine katalytische und polarisierende Wirkung entfalteten. Zürich war ein Knotenpunkt in der Vernetzung kantonaler und nationaler Akteure, sowohl innerhalb der schweizerischen Elite wie auch auf der Ebene der stark kantonal gekammerten Protestbewegungen.

Was friedenspolitisch relevante Volksabstimmungen betrifft, so lag der Kanton Zürich in den langen Sechzigern mit einer leichten Rechtsverschiebung im schweizerischen Mainstream. Sowohl in den beiden Abstimmungen über die Atombewaffnung (1962 und 1963) wie auch in jener über eine

«Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot» (1972) lag der Anteil der Neinstimmen leicht über dem schweizerischen Durchschnitt, während die Stimmbeteiligung durchweg signifikant höher war. Offensichtlich stiessen Fragen der Verteidigung und der Aufrüstung in diesem Kanton auf besondere Resonanz. Dass in der Öffentlichkeit ein ausgeprägter Antikommunismus vorherrschte, hing unter anderem damit zusammen, dass dieser von der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung mit getragen wurde. Auf Behördenebene kam es immer wieder zu Zuspitzungen. So etwa 1961, als ein Konzert des russischen Geigers David Oistrach in Zürich verboten wurde. Dies wirkte umso verklemmter, als Oistrach sich anlässlich seiner grossen Konzerttournee in vielen Grossstädten des Westens (inklusive der USA) sowie in Bern und Basel euphorischer Begeisterungsstürme erfreute.[42] Aus der Sicht der Zürcher Fremdenpolizei war indessen gerade die breite Zustimmung zu grosser Kunst ein besonders heimtückisches Mittel psychologisch-geistiger Kriegsführung. Dieselbe von einem unbedingten Ausgrenzungswillen durchdrungene Kalte-Kriegs-Haltung stand auch bei der Motion Pate, die der Zürcher FDP-Nationalrat Walter Raissig gleich nach seiner Wahl im Herbst 1961 (zusammen mit siebzehn Mitunterzeichnern) einreichte. Gefordert wurde eine personell gestraffte «umfassende Konzeption der geistigen Landesverteidigung».[43] Zwei Jahre später erklärte Raissig in der Begründung: «Seit Jahrzehnten erleben wir als Zeugen und Opfer den Kalten Krieg. [...] Es ist ein totaler Krieg [...], der heute unter der Oberfläche mit aller Rücksichtslosigkeit und unter Einsatz ungeheurer Mittel geführt wird.»[44]

Auch die Zürcherische Offiziersgesellschaft tat sich mit grossen Plänen hervor. Sie gehörte schon Ende der 1950er Jahre zu den Promotoren einer atomaren Aufrüstung der Schweiz und trieb diese als «modernisierte Formel von Morgarten» voran. In Zürich wurde auch die «Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift», das offizielle Organ der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, redigiert. Antikommunistische Theologen und Kirchenleute aus Zürich waren ebenfalls geistig stilprägend. Emil Brunner sprach 1958 vom «Pazifismus als Kriegsursache», der Fraumünster-Pfarrer und langjährige Feldprediger Peter Vogelsanger schrieb 1957 in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift «Reformatio»: «Ich weiss, dass ich mit all meinen Lieben [...] in Gottes Hand bin und in ihr lebe, auch wenn die Atombombe meinen Leib im Nu vernichten wird. [...] Ich will lieber mit all meinen Lieben in einer Atomexplosion untergehen, als unter stalinistischem Druck leben.»[45]

Zudem verfügte der 1947 gegründete Schweizerische Aufklärungsdienst in Zürich über ein personelles Zentrum. Er arbeitete hier eng mit der Werbeagentur Farner zusammen. Rudolf Farner war 1956 Mitbegründer des Vereins zur Förderung des Wehrwillens und der Wehrwissenschaft.[46] In der helvetischen Wirtschaftsmetropole waren zudem Banken und Industriebetriebe angesiedelt, die besonders stark in Rüstungsgeschäfte involviert waren. 1968 sorgte das Waffenunternehmen Oerlikon-Bührle für einen Skandal, als bekannt wurde, dass in Biafra mit «schweizerischen» Bührle-Kanonen auf Rotkreuz-Flugzeuge, die Hilfsgüter transportierten, geschossen worden war. Dieser Vorfall reihte sich in eine ganze Serie von illegalen Waffenausfuhrgeschäften ein, für die Dieter Bührle und drei Mitarbeiter 1970 zu bedingten Gefängnisstrafen und Bussen verurteilt wurden.[47] In den «Neuen Wegen», der Zeitschrift der religiös-sozialen Bewegung, wurde 1968 vermerkt, die «grossen, in die Millionen gehenden, aber verbotenen Waffenlieferungen der Oerlikoner Grossfirma Bührle an kriegführende Länder» hätten «dazu beigetragen, auch den harmlosesten Hirtenknaben die Unerträglichkeit des unsittlichsten aller kapitalistischen Geschäftszweige, des Profitmachens im Dienste des organisierten Völkermordes, klarer als bisher zu machen».[48]

Zusammen mit sozialdemokratischen und kirchlichen Kreisen lancierte die Friedensbewegung 1969 die Volksinitiative «für vermehrte Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot». Damit kehrte sie am Ende der langen Sechziger zu einem traditionellen Thema zurück, basierte die Waffenausfuhrpolitik der Schweiz doch damals auf dem 1938 gutgeheissenen Gegenvorschlag zu der (von der Europa-Union angestrengten) Volksinitiative «Private Rüstungsindustrie». Der Kampf gegen die Atombombe hatte demgegenüber Ende der 1960er Jahre an Bedeutung verloren, weil der Bundesrat sich unter dem Druck der Nonproliferationsverträge und der schieren Unmöglichkeit, Atombomben zu beschaffen, stillschweigend von seinem Engagement für eine nuklear bewaffnete

Schweiz verabschiedet hatte.[49] Am Horizont tauchte bereits der Kampf gegen die «friedliche Nutzung» der Atomenergie auf.

Die Neuformierung sozialer Bewegungen

In der Nachkriegszeit waren europa- und friedenspolitische sowie verschiedene linke Bewegungen eng verflochten.[50] Im Kreis 4, dem Arbeiterquartier Zürichs, stand das Haus «Gartenhofstrasse 7» von Leonhard und Clara Ragaz(-Nadig), das schon seit 1922 ein Stützpunkt der internationalen Settlement-Bewegung gewesen war und das Sitz des Ende 1945 gegründeten Schweizerischen Friedensrats (SFR) wurde. Der SFR verstand sich als Dachverband all jener pazifistischen Organisationen, die sich einer Vereinnahmung durch den Kalten Krieg widersetzten und für eine politische Öffnung der Schweiz (europäische Einigung und UNO-Beitritt der Schweiz) plädierten.[51] Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit und die Internationale der Kriegsdienstgegner waren in Zürich ebenfalls stark verankert. Soziale Treffpunkte wie das 1934 als antifaschistischer Treffpunkt entstandene «Café Boy» trugen zu einer links-pazifistischen Kommunikationsinfrastruktur bei. In Zürich und Umgebung wohnten zudem bekannte linke Intellektuelle wie Konrad Farner und (der schon erwähnte) Heinrich Buchbinder. Hier lag ab 1964 der Wirkungsort von Hansjörg Braunschweig, der von 1964 bis 1975 den Schweizerischen Friedensrat präsidierte. Der mit seiner weissen Fahne als Friedensikone in der Weltpresse präsente Max Daetwyler operierte von Zumikon aus.

Zu Beginn der 1960er Jahre, als die Stimmung besonders verstockt war, sorgten friedenspolitische Aktivisten mit Protestkundgebungen gegen französische und russische Atomversuche sowie mit Mahnwachen zum Hiroshima-Tag am 6. August für Aufsehen. Die Behörden untersagten das Aufstellen von Tafeln, worauf in Flugblättern der Atomwaffengegner prompt zu lesen war: «Zürcher Polizei verbietet der Jugend, an den Atombombenabwurf von Hiroshima zu erinnern.»[52] 1961 wurde eine Flugblattaktion vor der Kaserne durchgeführt, die sich an die einrückenden Rekruten richtete. Ab 1962 befand sich auch das Organisationszentrum der SGgaA in Zürich – personifiziert in Pfarrer Willi Kobe.[53]

Im zürcherischen Regionalkontext lässt sich die Neuformierung sozialer Bewegungen entlang der Zuschreibung «alt – neu» besonders eindrücklich beobachten. Hatte sich Ende der 1940er Jahre die «Neue religiös-soziale Vereinigung» (mit der Zeitschrift «Aufbau») von der Anfang des 20. Jahrhunderts gegründeten «Religiös-sozialen Vereinigung» (mit der Zeitschrift «Neue Wege») abgespalten,[54] so verzweigte sich in den 1960er Jahren die Linke in eine «alte» und eine «neue» Richtung.[55] Dieser Vorgang sollte sich – wiederum in Zürich – gegen Ende des Jahrzehnts innerhalb der Frauenbewegung wiederholen.

Werden die Verflechtungen zwischen diesen Bewegungen (zu denen im Verlauf der 1970er Jahre weitere dazukamen) untersucht, so lässt sich die politische Kultur einer Demokratie auf neue Weise als Effekt transnationaler Austauschbeziehungen verstehen. Es spielte sich eine antagonistische Interaktion zwischen hegemonialen Deutungsschemata (wie dem Kalten Krieg und dem Antikommunismus) und Protestmanifestationen (wie der Antiatombewegung) ein, in der das Selbstverständnis der Konfliktparteien geschärft, aber auch verändert wurde. Es zeigt sich, wie Weltpolitik auf eine Region einwirkte und sich hier in einem komplexen politischen Kräftefeld artikulierte. Die Ostermärsche als ungewohnte öffentliche Manifestationen markierten zudem das Coming-out einer ausserparlamentarischen Opposition, die wiederum nachhaltige Effekte auf das politisch Imaginäre des Kalten Kriegs hatten.

Anmerkungen

1 Brassel, Ruedi/Leuenberger, Martin: Willi Kobe. Pazifist, Sozialist und Pfarrer. Eine Lebensgeschichte der Friedensbewegung, Luzern 1994, S. 177. Ruedi Epple danke ich für verschiedene Hinweise.

2 Kobe, Willi: Ostermarsch 1966, in: Neue Wege 60/4 (1966), S. 106. Zum historischen Kontext vgl. u. a.: Buomberger, Thomas: Die Schweiz im Kalten Krieg 1945–1990, Baden 2017, S. 183 ff.; Tanner, Jakob: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, München 2015, S. 292–379; Marti, Sibylle/David Eugster: Das Imaginäre des Kalten Krieges. Beiträge zu einer Kulturgeschichte des Ost-West-Konfliktes in Europa, Essen 2015.

3 Vgl. dazu: Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (AfZ), IB SAD-Dokumentation. Dossier 434 SBgaA, 1959–1966, Kurzprotokoll des SAD über ein Treffen im «Café Boy» vom März 1966; Müggler, Jérôme: Schweizerische Bewegung gegen die atomare Aufrüstung 1958–1969. Eine Untersuchung im Rahmen der Bewegungsforschung, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Zürich 2012; Tanner, Jakob: Le pacifisme Suisse après 1945, in:

Relations internationales 53 (1988), S. 69–82; Heiniger, Markus: Die schweizerische Antiatombewegung 1958–1963. Eine Analyse der politischen Kultur, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Zürich 1980.

4 Beide Quellen: AfZ, IB SAD-Dokumentation, Dossier 434.

5 Neue Wege 57/5 (1963), S. 114.

6 AfZ, IB SAD-Dokumentation, Dossier 434 SBgaA, 1959–1966.

7 AfZ, IB SAD-Dokumentation, Dossier 434, Ramspeck, Jürg/Höltschi, Peter: Manöver im Kalten Krieg, in: Zürcher Woche, Nr. 15, 15. 4. 1966, S. 5.

8 AfZ, IB SAD-Dokumentation, Dossier 434, Die Tat, Nr. 1692, 15. 4. 1966.

9 Zürcher Woche, 15. 4. 1966 (wie Anm. 7).

10 AfZ, IB SAD-Dokumentation, Dossier 434, Tages-Anzeiger, 12. 4. 1966.

11 Zürcher Woche, 15. 4. 1966 (wie Anm. 7).

12 AfZ, IB SAD-Dokumentation, Dossier 434.

13 AfZ, IB VSWW-Archiv/71 (V), Mappe Ostermarsch 1966, Statuten der Vereinigung für eine starke Landesverteidigung, 4. 4 1966. Eigens für diesen Anlass gegründet, sollte die Vereinigung spätestens auf den 1. September 1966 wieder aufgelöst werden (Artikel 8).

14 AfZ, IB SAD-Dokumentation, Dossier 434.

15 Frischknecht, Jürg/Haldimann, Ueli/Niggli, Peter: Die unheimlichen Patrioten. Politische Reaktion in der Schweiz. Ein aktuelles Handbuch, Zürich 1987.

16 AfZ, IB SAD-Dokumentation, Dossier 434.

17 Ebd.

18 AfZ, Dossier IB VSWW-Archiv/71 (A). Mappe Ostermarsch 1966.

19 AfZ, IB SAD-Dokumentation, Dossier 434.

20 AfZ, IB VSWW-Archiv/71 (V), Mappe Ostermarsch 1966.

21 AfZ, Dossier IB VSWW-Archiv/71 (A), Mappe Ostermarsch 1966, Bericht «Ostermarsch 1966 der sog. ‹Schweizerischen Bewegung gegen die atomare Aufrüstung› und affiliierter Organisationen», S. 6.

22 Heiniger, Antiatombewegung (wie Anm. 3), S. 121. Für den Ostermarsch 1966 siehe: Kobe, Ostermarsch (wie Anm. 2), S. 106–108.

23 AfZ, IB SAD-Dokumentation, Dossier 434.

24 Dazu vgl. Kobe, Willi: Ein reiches Leben. Versuch einer Selbstdarstellung für seine Kinder verfasst, Zürich 1974 (hektografiert), S. 243.

25 Zürcher Woche, 15. 4. 1966 (wie Anm. 7).

26 AfZ, IB SAD-Dokumentation, Dossier 434, Komitee für eine starke Landesverteidigung. Vertrauliche Orientierung. Ostermarsch 1966, 15. 3. 1966, S. 2.

27 Ebd., S. 3.

28 AfZ, IB SAD-Dokumentation, Dossier 434.

29 Vgl. dazu Whitfield, Stephen J.: The Culture of the Cold War, Baltimore 1996.

30 Die Frage, ob es im Kalten Krieg ein «Ausserhalb» geben konnte, wird in der Geschichtsschreibung unterschiedlich beantwortet. Eine Zeit lang herrschte die Tendenz vor, den radikalen Totalitätsanspruch dieser Konfrontation in deren historischer Interpretation zu reproduzieren. So etwa bei Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947–1991, München 2007. Neuere Darstellungen legen, mit guten Gründen, wiederum grösseres Gewicht auf die politischen Spielräume und die auch quer zur Blockkonfrontation liegenden Agenden. Vgl. dazu Mikkonen, Simo/Koivunen, Pia: Beyond the Divide. Entangled Histories of Cold War Europe, New York 2015.

31 Zitiert nach Brassel/Leuenberger, Willi Kobe (wie Anm. 1), S. 180.

32 Kobe, Ein reiches Leben (wie Anm. 24), S. 243.

33 So ein Flugblatt der SBgaA vom 10. 3. 1966. Siehe AfZ, IB SAD-Dokumentation, Dossier 434.

34 AfZ, IB SAD-Dokumentation, Dossier 434, Dokumentation des «Vereins zur Förderung des Wehrwillens und der Wehrwissenschaft Zürich», S. 6.

35 Diese Formulierung stammt aus einer «neuen Fassung» desselben Dokuments. Siehe AfZ, IB VSWW-Archiv/71 (V), Mappe Ostermarsch 1966.

36 AfZ, IB SAD-Dokumentation, Dossier 434.

37 Zur «Strasse» als Protestform in den Auseinandersetzungen um direkte Demokratie in der Schweiz vgl. Graber, Rolf: Demokratie und Revolten. Die Entstehung der direkten Demokratie in der Schweiz, Zürich 2017, S. 187. Graber arbeitet auch immer wieder Zusammenhänge zwischen lokaler Erfahrung und Politisierung heraus, z. B. ebd. S. 151.

38 AfZ, IB SAD-Dokumentation, Dossier 434.

39 Zürcher Woche, 15. 4. 1966 (wie Anm. 7).

40 AfZ, IB SAD-Dokumentation, Dossier 434, Walser, Paul L., «Vereinigung für eine starke Landesverteidigung»: Land der Waffenläufe, in: Die Weltwoche, Nr. 1692, 15. 4. 1966, S. 11.

41 Ebd.

42 Späth, Dominique: Ein umstrittener Fall von Zürcher Kulturzensur: die Oistrach-Affäre und die Debatte um kulturelle Ostkontakte in der Schweiz 1961–1964, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Universität Zürich 2013.

43 Der Verbandspolitiker Walter Raissig war zwischen 1955 und 1969 freisinniger Kantonsrat. Zunächst Redaktor der «Schweizerischen Wirtezeitung», amtete er zwischen 1948 und 1975 als Zentralsekretär des schweizerischen Hauseigentümerverbands.

44 AfZ, IB SAD-Dokumentation, Dossier 434, SAD. Arbeitsheft D2.

45 Zitiert nach Kobe, Ein reiches Leben (wie Anm. 24), S. 239.

46 Vgl. Frischknecht et al., Die unheimlichen Patrioten (wie Anm. 15).

47 Tobler, Ruedi: Wenn Schweizer Kanonen auf IKRK-Flugzeuge schiessen: der Bührle-Skandal, in: Die Schweiz und ihre Skandale, hg. v. Heinz Looser et al., Zürich 1995, S. 93–104.

48 Kramer, Hugo: Der Bührle-Skandal, in: Neue Wege 62/12 (1968), S. 380 f.

49 Wollenmann, Reto: Zwischen Atomwaffe und Atomsperrvertrag. Die Schweiz auf dem Weg von der nuklearen Option zum Nonproliferationsvertrag (1958–1969), Zürich 2004.

50 Brassel, Ruedi/Tanner, Jakob: Zur Geschichte der Friedensbewegung in der Schweiz, in: Handbuch Frieden Schweiz, hg. v. Forum für praxisbezogene Friedensforschung Basel, Basel 1986, S. 17–90.

51 Epple, Ruedi: Leonhard Ragaz, der «Gartenhof» und die Krise der Männlichkeit, in: Arbeit – Bewegung – Geschichte 16/3 (2017), S. 1–14.

52 Zitiert nach: Heiniger, Antiatombewegung (wie Anm. 3), S. 119.

53 Kobe, Ein reiches Leben (wie Anm. 24), S. 241.

54 Ebd., S. 248 f.

55 Vgl. dazu u. a.: Frauenbewegung. Die Schweiz seit 1968, hg. v. Kristina Schulz, Leena Schmitter, Sarah Kiani, Baden 2014; Lévy, René/Duvanel, Laurent: Politik von unten. Bürgerprotest in der Nachkriegsschweiz, Basel 1984.